

Dresdner Nachrichten

Siegründet 1856

Dresdner Nachrichten: Redaktion: Dresden, Hauptstadtstr. 10. Telefon: 2211. Druck: Dresden, Hauptstadtstr. 10. Telefon: 2211.

Abend-Ausgabe: 48 Blätter, 12 Spalten. Preis: 10 Pf. (inkl. Post). Einzelhefte: 2 Pf. (inkl. Post). Anzeigen: 10 Pf. pro Zeile pro Tag.

Verlag: Dresdner Nachrichten-Verlag, Dresden, Hauptstadtstr. 10. Telefon: 2211.

Breußenlandtag tritt am 24. Mai zusammen

Vor Verhandlungen Brüning's mit Braun

Berlin, 26. April. Der Reichspräsident hat heute auf Grund des Artikels 17 der preussischen Verfassung beschlossen, den neuen Landtag am 24. Mai d. J. einzuberufen und ihm als verfassungsmäßige Folge aus dem Ausfall der Wahlen seinen Rücktritt in seiner Gesamtheit mitzuteilen. — Bis zur Ernennung des Reichspräsidenten und der Übernahme der Geschäfte durch eine neue Regierung ist das Staatsministerium auf Grund des Artikels 50 der Verfassung verpflichtet, im Amt zu bleiben.

Eine frühere Einberufung des Landtags als zum 24. Mai ist aus technischen Gründen unmöglich. Auch eine Auflösung des jetzigen Landtags könnte den Termin nicht verschieben; denn der Landtag kann nicht eber zusammengetreten, bis ein den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes entsprechendes endgültiges amtliches Wahlergebnis festgestellt und die Annahmeerklärungen der einzelnen gewählten Abgeordneten vorliegt.

Das schreibt unsere Berliner Schriftleitung: Unter dem vereinten Druck der Rechtsopposition hat die preussische Regierung nun noch davon Abstand nehmen müssen, den Einberufungstermin zum neuen Preussischen Landtag bis in den Juni hinauszuschieben. — Wie wir zu diesem Beschluß erfahren, sollen

besonders Braun und Severing angefaßt der 44 Mandate, die die SPD. in Preußen am vergangenen Sonntag eingebracht hat, zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß es besser wäre, die SPD. so schnell wie möglich aus der Regierungsverantwortung in die Opposition hinüberzuführen.

Wie nachträglich verlautet, sollen bei der feinerzeitigen Aenderung der Weisungsordnung des Preussischen Landtags bereits Braun und Severing Zweifel an der Richtigkeit der Methode geübt haben. Später haben sie allerdings Fraktionsdisziplin gehalten und die Aenderung der Weisungsordnung mit durchgeführt. In erster Linie, so heißt es heute, sei damals die treibende Kraft bei der Weisungsänderung der Weisungsordnung die Partei der Nationalsozialisten gewesen. Ob es richtig ist, daß dabei im Zentrum die Absicht mitgespielt hat, die Nationalsozialisten zu einer Koalition mit dem Zentrum zu zwingen und sie dadurch als Partei zu ruinieren, wird genau nicht festgestellt werden können.

Jedenfalls verdient es heute vermerkt zu werden, daß im Zentrum die Stimmung für eine Koalition mit den Nationalsozialisten im Wochen begriffen ist.

Auch von Seiten der Nationalsozialisten sollen bereits weitere Erklärungen ergangen sein, die in diese Richtung weisen. Eine Bedingung des Zentrums dürfte es aber sein, die Deutschnationalen völlig auszuscheiden. Ob sich die Nationalsozialisten mit dieser Bedingung einverstanden erklären, steht noch dahin. Alles in allem wird man abwarten müssen, welche Bedingungen die Nationalsozialisten dem Zentrum für eine Koalitionspolitik stellen, und ob das Zentrum diese Bedingungen annimmt.

Jedenfalls wird in Kreisen der Mitte jetzt lebhaft Propaganda für eine Zentrumskombination mit den Nationalsozialisten unter Ausschaltung der Deutschnationalen gemacht.

weil man sich Hoffnungen macht, auf diese Weise die NSDAP. am schnellsten und am sichersten zerstören zu können. Aus dem gleichen Grunde wird auch lebhaft dafür plädiert, die Nationalsozialisten im Reich baldmöglichst in eine Koalition mit dem Zentrum hineinzunehmen, um sie mit den Koalitionserwartungen außenpolitischen Forderungen, möglicherweise an Reparationskonferenzen, mit zu belasten. D. der Lausanner Reparationskonferenz, mit zu belasten und sie dadurch zu zwingen, vor ihrer eigenen Wählerkraft unter Beweis zu stellen, daß sie gewisse außenpolitische Versprechungen nicht einzuhalten vermögen.

Die Taktik der Kommunisten

Annäherung an die SPD? — Aufruf zur Einheitsfront

Berlin, 26. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die KPD. und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition Deutschlands haben einen gemeinsamen Aufruf erlassen, der zum Kampf gegen den angeblich bevorstehenden Lohn-, Unterhaltungs- und Sozialabbau aufruft. In diesem Aufruf werden besonders die Arbeiter der SPD. und die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Bildung einer Einheitsfront des Kampfes aufgefordert. Es heißt in dem Aufruf wörtlich: Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirksam den Kampf gegen Lohn- und Unterhaltungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen. Als konkrete nächste Maßnahme zu diesem Kampf schlägt der Aufruf vor: Massenversammlungen in allen Betrieben, Stempelstellen und Gewerkschaften zur Aufstellung gemeinsamer Forderungen; Wahl von Kampfausschüssen und Streikleitungen, in denen kommunistische, sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter sitzen; entschlossene Vorbereitung und Durchführung des Massenkampfes und Streiks gegen jeden Lohn- und Unterhaltungsabbau. Und vollkommene Absehung, bedeutet dieser Aufruf den Versuch der Kommunisten, eine marxistische Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern herbeizuführen.

Thälmann erklärt dem Berliner Korrespondenten der 'Daily Mail', die kommunistische Partei werde alles tun, was in ihrer Macht stehe, um eine nationalsozialistische Regierung in Preußen zu verhindern. — Das ist wohl so zu verstehen, daß die Kommunisten es ablehnen werden, für die Wiederbestätigung der neuen Bestimmung der Weisungsordnung zu stimmen, wonach die Ernennung des Reichspräsidenten nur mit absoluter Mehrheit erfolgen kann. Allerdings kündigen die Kommunisten an, daß sie gewisse Bedingungen stellen werden, die sie wahrscheinlich in Form von Anträgen dem neuen Landtag vorlegen werden.

Frankreich in Genf isoliert

Verbot oder Internationalisierung der Großangriffswaffen?

Genf, 26. April. Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat heute vormittag die gestrigen Beschlüsse der Konferenz über die weitere Gestaltung der Konferenzarbeiten genehmigt. Genderson teilte mit, daß das Büro beschlossen habe, die Konferenzarbeiten vom Freitag, dem 18. Mai, bis Montag, dem 19. Mai, wegen der Pfingstpause zu unterbrechen. Ferner erklärte er, daß die Konferenz durch Entschlüsse über die qualitative Abrüstung

in ein entscheidendes Stadium eingetreten sei. Deshalb sei es für notwendig gehalten worden, daß die technischen Ausschüsse über den in der Entschließung bereits geregelten Grundgedanken der qualitativen Abrüstung sich darüber äußern, welche Waffen für diese Abrüstung in Frage kommen. Für die chemischen und bakteriologischen Waffen sowie zur Koordination der Arbeiten des dritten Unterausschusses könne gegebenenfalls ein gemeinsamer Ausschuss aus Militär-, Marine- und Luftfahrtverständlichen eingesetzt werden. Das Büro schlägt vor, die Sitzungen des Hauptausschusses auszusparen, bis die technischen Ausschüsse ihre Beratungen über die qualitative Abrüstung vorgelegt haben.

Paul Boncour als einziger Diskussionsredner verlangte Klarstellung über die Erklärung des Präsidenten, daß der Grundgedanke der qualitativen Abrüstung durch die letzte Entscheidung des Hauptausschusses bereits geregelt sei. Er lege Wert auf die Feststellung, daß durch diese Entscheidung die Möglichkeit sowohl für das Verbot als für die Internationalisierung der schweren Angriffswaffen offengelassen sei. Die französische Delegation sei damit einverstanden, daß die Alternative: Verbot oder Internationalisierung von den technischen Kommissionen nicht entschieden werde, glaube aber, daß diese notwendigerweise dahin gelangen werden, für bestimmte Waffen die eine oder die andere Wahl vorzuschlagen. Erst nach Prüfung der französischen Vorschläge werde allerdings beurteilt werden können, was die Internationalisierung bedeute.

Ohne dem französischen Delegierten die verlangten Zusicherungen wegen der Internationalisierung zu geben, beschränkte sich Genderson auf die Wiederholung des Wortlauts der grundlegenden Entschließung, dem er hinzufügte, es sei der Wunsch des Büros, daß die technischen Ausschüsse die Erörterungen des Hauptausschusses über die qualitative Abrüstung nicht wieder aufnehmen sollen.

Aus Kreisen, die der deutschen Delegation nahestehen, wird über den Eindruck der heutigen Sitzung geschrieben: Wenn noch ein Zweifel darüber bestehen konnte, daß der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz sich in seiner erdrückender Mehrheit für die Abschaffung bestimmter schwerer Waffen entschieden hat, so wurde dieser Beweis durch die heutige Sitzung überzeugend geliefert. Die Mittelungen Gen-

Groener wieder in Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. April. Reichsinnenminister Groener, der in der vergangenen Nacht von seiner Reise nach Süddeutschland, wo er sich mit Dr. Brüning getroffen und ausgesprochen hat, zurückgekehrt ist, wird Dienstag nachmittag dem Reichspräsidenten Vortrag über die Frage halten, ob das Reichsbanner aufgelöst werden soll oder nicht. Nach wie vor wird in politischen Kreisen die Ansicht vertreten, daß Groener Hindenburg nicht die Auflösung des Reichsbanners vorschlagen wird. Auch das preussische Wahlergebnis, bei dem der riesige Ausschlag der Nationalsozialisten zum großen Teil auf das Verbot zurückzuführen wird, wird Groener wohl nicht anderen Sinnes machen. Der Reichskanzler selbst kehrt am kommenden Donnerstag aus Genf zurück. Erst dann werden wohl die akuten innerpolitischen Probleme wieder in Fluß kommen. Zunächst einmal muß der Reichsrat weiter beraten werden, weil er alsbald an Reichstag und Reichsrat gehen muß. Der Reichstag tritt bekanntlich am 6. Mai zusammen.

Der Reichskanzler hat, wie verlautet, die Absicht, nach seiner Rückkehr aus Genf in einer öffentlichen Rede über seine außenpolitischen Verhandlungen Rückschlüsse zu geben.

Brüning wird, wie es heißt, nach seiner Rückkehr sofort Besprechungen mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun, dem Führer der Zentrumspartei überhaupt, dem Präsidenten Raas haben. Als Führer der Preußenfraktion des Zentrums wird der Abg. Graß genannt.

Heute vormittag tritt der Gauschaltausschuß des Reichstages zusammen. Am Nachmittag verammelt sich der Reichsrat, um über die Einberufung des Parlaments Beschlüsse zu fassen. In beiden Gremien wird bald erörtert werden, welche Wirkungen die Preußenwahl auf die Mittegruppen im Reich haben wird und ob daraus etwa Folgerungen für die Regierungsverhältnisse im Reich erwachsen.

berons über die Beschlüsse des Büros gingen stillschweigend an der französischen Delegation vorüber.

Jedermann hätte aus Gendersons Erklärungen die Entschlossenheit der Konferenz erkannt, für die Abschaffung und Festlegung bestimmter Waffen nunmehr die technischen Unterlagen zu schaffen.

Dieser Eindruck war so deutlich, daß der französische Delegierte zu einer Intervention gezwungen war, die allerdings ihre Wirkung verfehlte und nur die völlige Isolierung der französischen Gruppe nochmals unterstrich.

Die weitere Aussprache über die Offensivwaffen wird den deutschen Vertretern in den technischen Kommissionen die Gelegenheit geben, in jedem einzelnen Fall den nicht nur von Deutschland, sondern auch von anderen maßgebenden Mächten vertretenen Standpunkt geltend zu machen, daß das Verbot bestimmter Waffen, das Deutschland im Verfallener Vertrag aufzuzwingen und von ihm seit Jahren durchgeföhrt worden ist, nunmehr zum Bestandteil einer allgemeinen Abrüstungskonvention gemacht und dadurch auf alle anderen Mächte ausgedehnt werden muß.

Lausanner Konferenz am 16. Juni

Berlin, 26. April. Auf Grund des Beschlusses der letzten Wächte Deutschland, England, Frankreich, Italien, Belgien und Japan hat gestern der britische Vorkonzern in Berlin eine Note überreicht, in der angefragt wird, ob die deutsche Regierung damit einverstanden ist, daß die Lausanner Reparationskonferenz am 16. Juni beginnt. Eine gleichlautende Note haben die englischen diplomatischen Vertreter in Paris, Rom, Brüssel und Tokio überreicht. — In politischen Kreisen hält man es für sicher, daß sich die deutsche Regierung mit diesem Termin einverstanden erklären wird.

Vertrauliche Unterredung Brüning-Macdonald-Stimson

Genf, 26. April. Im Laufe des Dienstagvormittags hat nach Mitteilungen von amerikanischer Seite eine längere vertrauliche Zusammenkunft zwischen Macdonald, Reichskanzler Brüning und Staatssekretär Stimson in der Villa Stimons stattgefunden.

In der Unterredung sollen die drei Minister übereingekommen sein, Tardeu und Brandt zu erörtern, um

enden • Arbeiten dickeren Pöller Kawangi